

Mitteilung des Senats

vom 7. Dezember 1906.

1. Ruhelohnberechtigung und Hinterbliebenenversorgung der in staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten.

Der Senat tritt dem Beschlusse der Bürgerschaft vom 5. d. Mts. bei und hat wegen der Publikation des Gesetzes das weitere veranlaßt.

2. Verkauf des sogenannten Kanonenplatzes und eines Lagerplatzes an der Deichstraße in Bremerhaven.

Der Senat genehmigt die Anträge der Deputation für Häfen und Eisenbahnen und ersucht die Bürgerschaft, ihm darin beizutreten.

3. Verkauf von Areal am Holz- und Fabrikenhafen für Fabrikenzwecke.

Die Deputation für Häfen und Eisenbahnen hat über den in der Überschrift bezeichneten Gegenstand einen Bericht erstattet, den der Senat unter Vorbehalt seiner Erklärung der Bürgerschaft zur Beschlußnahme hierneben übersendet.

Bericht.

Anlage.

Die Kaffee-Handels-Aktien-Gesellschaft hat beantragt, die Parallelstraße (jetzt Cuxhavenerstraße benannt) an der Nordostseite ihres Fabrikgeländes fortzuführen, wie es in dem anliegenden Lageplan dargestellt ist. Da einerseits die hierfür erforderlichen Mittel von ca. 7000 M. nicht verfügbar waren, sondern erst durch Senat und Bürgerschaft bewilligt werden mußten, andererseits aber die Entscheidung über die beantragte Verlängerung drängte, weil letztere zweckmäßig im Anschluß an die bereits bewilligten Kanalisations- und Straßenarbeiten auszuführen war, so ist unter Zustimmung der berichtenden Deputation mit der Kaffee-Handels-Aktien-Gesellschaft die Vereinbarung getroffen, daß sie die erforderliche Summe von 7000 M. unter der Bedingung zur Verfügung stellen sollte, daß nach Genehmigung der Kosten für die Verlängerung der Straße durch Senat und Bürgerschaft der zur Verfügung gestellte Betrag zurückgezahlt werde. Die Gesellschaft hat die Summe von 7000 M. eingezahlt, aus der die bereits in der Ausführung begriffene Verlängerung der Straße bestritten wird.

Unter Bezug auf ihre Berichte vom 11. September und 10. Oktober ds. Js. und die betreffenden Beschlüsse von Senat und Bürgerschaft (Verhdlg. 1906 S. 923, 939, 949, 997 und 1009) beantragt die Deputation:

für die Verlängerung der Parallelstraße (jetzt Cuxhavenerstraße) an Straßenbankosten den Betrag von 7000 M. auf den Fonds „Erweiterungsbauten“ nachträglich zu bewilligen.

Bremen, den 7. Dezember 1906.

Die Deputation für Häfen und Eisenbahnen.

(gez.) **Barthansen.**

(gez.) **Arug.**

4. Neubau einer Volksschule in der Vorstadt Gröpelingen.

Die Baudeputation, Abteilung Hochbau, hat einen Bericht, betreffend Neubau einer Volksschule in der Vorstadt Gröpelingen, erstattet, den der Senat unter Vorbehalt seiner Erklärung der Bürgerschaft zur Beschlußfassung hierneben zugehen läßt.

Anlage.

Bericht.

Zur Erledigung des ihr durch Beschluß von Senat und Bürgerschaft vom 13./11. Oktober 1905 (Verhdlg. S. 872, 871) erteilten Auftrages überreicht die Baudeputation, Abteilung Hochbau, im Einvernehmen mit der Schuldeputation das auf Grund der damals genehmigten Projektskizze ausgearbeitete Bauprojekt: 11 Zeichnungen, Massenberechnung, Kostenanschlag und Baubeschreibung. Darf die Baudeputation im allgemeinen auf diese Vorlagen verweisen, so muß sie wegen der unter Titel XII des Kostenanschlages auf 15 000 M. veranschlagten Heizungsanlage folgendes hinzufügen. Nach einer Verabredung mit dem Gesundheitsrat sollte bei diesem Schulneubau eine verbesserte Lüftungsanlage vorgeschlagen werden. Die Heizungs- und Lüftungsanlage ist daher eingehender bearbeitet worden. Auch schien es notwendig zu sein, Gewißheit über die Kosten zu erlangen, um durch Vergleichung mit den Kosten der bisher üblichen Anlagen beurteilen zu können, ob die Verbesserungen etwa höhere Kosten rechtfertigten. Diese Gewißheit ließ sich nur durch die Aufforderung leistungsfähiger Unternehmer zu bindenden Angeboten erreichen. Von den beiden aufgeforderten Unternehmern hat nun G. H. Bruns jr. für die gesamte Heizungs- und Lüftungsanlage, bei der eine zentrale Frischluftzuführung mit Vorwärmung der Luft in besonderen Luftheizkammern im Keller und die Zuführung der erwärmten Luft durch Kanäle nach den zu lüftenden Räumen vorgesehen sind, 11 900 M. verlangt, während die ohne solche zentrale Frischluftzuführung ausgeführten Heizanlagen in der Herbststraße 12 850 M. und in der Elsfletherstraße gar 14 980 M. gekostet haben. Kommen nun auch zu jenen 11 900 M. noch die Kosten der Maurerarbeiten für die Heizkammern und Luftkanäle hinzu, so wird nach Ansicht des Oberbaudirektors doch unter allen Umständen der im Kostenanschlag vorgesehene Betrag von 15 000 M. genügen. Das Nähere über die Heizungs- und Lüftungsanlage erhellt aus dem beifolgenden Programm der Hochbauinspektion und dem ebenfalls beifolgenden Projekt des Unternehmers G. H. Bruns jr. (Beschreibung und 3 Pläne). Der Gesundheitsrat hat sich über die Anlage folgendermaßen geäußert:

„Der Gesundheitsrat hat im Verein mit den Herren Baurat Weber, Bauinspektor Schmidt und Heizungsingenieur Evers die Frage der Lüftung und Heizung der Schule am Ohlenhof durchberaten. Die Versammelten waren übereinstimmend der Ansicht, daß es sich empfiehlt, das vorliegende Projekt auszuführen. Die erwachsenden Mehrkosten lohnen die Prüfung der Frage, ob es gelingt, ohne wesentliche Steigerung der Betriebskosten den Volksschülern noch bessere Luftverhältnisse zu schaffen, als es zurzeit der Fall ist. Es wurde auch Übereinstimmung darüber erzielt, daß es sich hierbei um einen Versuch handle, und daß beim Bau der nächsten erforderlichen Volksschule das alte System ohne künstliche Luftzuführung so lange beizubehalten sei, bis über die Schule am Ohlenhof praktische Erfahrungen vorliegen.“

Im einzelnen bittet der Gesundheitsrat folgende Punkte festzulegen:

- 1) die Höchsttemperatur der Radiatoren in den Klassen darf nur 80 ° C. betragen;
- 2) die Höchsttemperatur der Radiatoren in den Frischluftkammern darf 60 ° C. nicht überschreiten, die zuströmende Warmluft braucht nur eine Temperatur von 17—18 ° C. zu haben.
- 3) Die Verdunstungsschalen in den Frischluftheizkammern haben wegzufallen.
- 4) Die Wände in den Luftzuführungskammern und Kanälen müssen absolut glatte Beschaffenheit bekommen, ebenso die Fußböden in den Kammern.

5) In den Lu

Wände und

6) Die Zuführ

keit abzu

Die Herren

durch ein ausgiebiges

gestört werde.“

Aber das Baupr

geprochen, daß er keine

hat von kleinen, im Hof

abgesehen, nichts einzun

den ihr gemachten Mit

dem Schuldiener voran

müssen; im übrigen hat

Der Kostenan

außerordentliche Ausgab

Hochbau, beantragt: das

daß die Heizungs- und

übertragen werde, auch

die sich als erwünscht

werden, im Einvernehm

Bremen, den 3.

Das Gebäude soll

zu verbreiternden Straße

Entsprechend der

sind zur besseren Raum

ganzen 3 Klassen, sowie

die Schuldienerwohnung

Aborten ebenfalls an der

Turnhalle ist sowohl dire

gesehen. Die Spielplätze

Das Gebäude soll

reicher Putz mit roten

Abortanbau wird einstöck

Klassenzimmer, eine Bei

Wohnung für den Schuldi

desselben getrennt die Ab

und Lehrerinnen sind im

gebracht. Die Schuldiene

besteht aus zwei Zimmer

Waschtische und den nötigen

Zugang von außen verb

Wohnung befindet sich im

Schuldiener enthält der

sowie im rechten Seitenfl

Der Fußboden der durch

Höhe des Kellerfußbodens

aus zugänglich. Bis auf

liegen sämtliche Klassen

hau, hat einen Bericht, betreffend
Vorstadt Gröpelingen, erstattet,
Erklärung der Bürgerchaft zur Beifügung

uß von Senat und Bürgerchaft vom
1871) erteilten Auftrages überreicht die

nehmen mit der Schuldeputation des
Projekts angearbeitete Bauprojekt:

schlag und Baubeschreibung. Darf die
agen verweisen, so muß sie wegen der

100 M. veranschlagten Heizungsanlage
mit dem Gesundheitsrat sollte in

gsanlage vorgelegt werden. Di
gender bearbeitet worden. Auch über

en zu erlangen, um durch Vergleichung
beurteilen zu können, ob die Ver

Diese Gewißheit ließ sich nur durch
zu bindenden Angeboten erreichen

hat nun G. H. Bruns jr. für die
der eine zentrale Heizungsanlage

theizkammern im Keller und in je
h den zu lüftenden Räumen werden

ne solche zentrale Heizungsanlage
12 850 M. und in der Heizungsanlage

n auch zu jenen 11 900 M. und die
ru und Luftkanäle sind, so wird nach

Umständen der in demnach vor
Das Nähere über die Heizung und

Programm der Schuldeputation und
ehmers G. H. Bruns jr. (Schuldeputation)

er die Anlage folgendes ergibt:
mit den Herren Senat, Vor

ers die Frage der Lüftung und
chberaten. Die Beschlüsse waren

hiebt, das vorliegende Projekt auszu
die Prüfung der Frage, ob es gelingt,

den Volksschülern noch besser zu
Fall ist. Es wurde auch über ein

um einen Versuch handelt, und daß
le das alte System ohne künstliche

er die Schule am Ohlenhof praktische
folgende Punkte festzulegen:

in den Klassen darf nur 80 ° C.
in den Frischluftkammern darf

me Wärmeluft braucht nur ein
den.

hlustheizungskammern haben mög
mern und Kanälen müssen direkt
die Fußböden in den Klassen

5) In den Luftzuführungskammern muß die Möglichkeit gegeben sein, Wände und Fußböden leicht feucht zu reinigen.

6) Die Zuführungsöffnungen zu den Frischluftkammern sind nach Möglichkeit abzusperrern und mit Rasen oder Sträuchern zu umgeben.

Die Herren Techniker betonten in der Versammlung, daß die Lüftungsanlage durch ein ausgiebiges Öffnen der Fenster nicht in ihrem richtigen Funktionieren gestört werde."

Über das Bauprojekt im allgemeinen hat sich der Gesundheitsrat dahin ausgesprochen, daß er keine Einwendungen dagegen erhebe. Auch der Oberbaudirektor hat von kleinen, im Kostenanschlag und in den Zeichnungen vermerkten Änderungen abgesehen, nichts einzuwenden gefunden. Die Schuldeputation hat bemerkt, daß nach den ihr gemachten Mitteilungen für den Betrieb der Heizungs- und Lüftungsanlage dem Schuldienner voraussichtlich eine Hilfskraft werde zur Verfügung gestellt werden müssen; im übrigen hat sie sich mit dem Projekt einverstanden erklärt.

Der Kostenanschlag schließt mit 245 000 M. ab. In das Budget sind als außerordentliche Ausgabe eingestellt 254 425 M. Die Baudeputation, Abteilung Hochbau, beantragt: das vorgelegte Bauprojekt zu genehmigen, ferner zu genehmigen, daß die Heizungs- und Lüftungsanlage G. H. Bruns junr. zum Preise von 11 900 M. übertragen werde, auch sie zu ermächtigen, bei der Ausführung unerhebliche Änderungen, die sich als erwünscht herausstellen möchten, und durch die die Kosten nicht erhöht werden, im Einvernehmen mit der Schuldeputation vorzunehmen.

Bremen, den 3. Dezember 1906.

Die Baudeputation, Abteilung Hochbau.

(gez.) Nebelthau. (gez.) Wuppelahl.

Baubeschreibung.

Unteranlage.

Das Gebäude soll auf dem dazu erworbenen Grundstück an der auf 15 m zu verbreiternden Straße „Am Ohlenhof“ erbaut werden.

Entsprechend der vom Senat und Bürgerchaft genehmigten Projektskizze sind zur besseren Raumaussnutzung auch an die Rückseite des Längskorridors im ganzen 3 Klassen, sowie die Zeichenklasse, das Konferenz- und Lehrmittelzimmer und die Schuldiennerwohnung gelegt. Auch ist die Turnhalle mit den neben ihr liegenden Aborten ebenfalls an der Rückseite des Korridors projektiert. Der Zugang zur Turnhalle ist sowohl direkt vom Spielfeld wie auch vom Korridor des Kellers vorgehen. Die Spielplätze bleiben zusammen noch etwa 2300 qm groß.

Das Gebäude soll wie die neueren Schulen dreistöckig mit Keller als einfacher Putzbau mit roten Ziegeln gedeckt erbaut werden, nur der Turnhallen- und Abortanbau wird einstöckig und mit Holzzement gedeckt. Das Gebäude enthält 16 Klassenzimmer, eine Zeichenklasse, Vorsteher-, Konferenz- und Lehrmittelzimmer, eine Wohnung für den Schuldienner, sowie im Anbau die Turnhalle und zu beiden Seiten desselben getrennt die Aborte für Knaben und Mädchen. Die Aborte für die Lehrer und Lehrerinnen sind im Erdgeschoß über den Geräteräumen der Turnhalle untergebracht. Die Schuldiennerwohnung befindet sich im linken Flügel des Gebäudes und besteht aus zwei Zimmern im Erdgeschoß, zwei desgl. im Keller, sowie aus Küche, Waschküche und den nötigen Vorratsräumen im Keller. Eine Nebentreppe mit direktem Zugang von außen verbindet die einzelnen Räume der Wohnung. Der Abort der Wohnung befindet sich im Keller unter dieser Treppe. Außer den Räumen für den Schuldienner enthält der Keller noch im Mittelbau die Heiz- und Kohlenräume, sowie im rechten Seitenflügel das Duschbad mit Ankleideraum und Wäschekammer. Der Fußboden der durch Keller- und Erdgeschoß reichenden Turnhalle liegt in der Höhe des Kellerfußbodens; das platte Dach der Turnhalle ist vom 1. Obergeschoß aus zugänglich. Bis auf die drei nach Westen liegenden Klassen an der Hinterfront liegen sämtliche Klassen nach Osten, der Zeichenaal hat Nordfenster. Die Er-

wärmung der einzelnen Räume erfolgt durch eine Niederdruckdampfheizung, nur die Schuldienerwohnung erhält Ofenheizung, auch sind für die Zimmer des Vorstehers und der Lehrerinnen, sowie für das Konferenzzimmer zur Beheizung an Ferientagen usw., an denen die Zentralheizung nicht in Betrieb ist, zur Reserve ebenfalls noch Ofen vorgezehen.

Die Duschbadräume im Kellergeschoß werden ganz in Zement gepußt und erhalten einen Zementestrich auf Betonunterlage, die übrigen Kellerräume erhalten Kalk-, Wand- und Deckenputz und teils Klinker, teils Terrazzofußböden. Nur die beiden Zimmer des Schuldieners sollen der Fußwärme wegen mit Holzfußboden auf Lagerhölzern verlegt, versehen werden. In den Räumen der drei oberen Geschosse werden die Wände bis Brüstungshöhe in Zementmörtel und darüber wie die Decken in Kalkmörtel gepußt. Die Decken der einzelnen Klassenräume und Zimmer, bis auf die Holzbalkendecke des 2. Obergeschosses werden nach dem bei neueren Schulen bewährten System massiv aus Schlackenbeton zwischen eisernen Balken mit isolierender Schalldecke darunter hergestellt. Der Keller erhält eine Betondecke wie vorstehend, jedoch ohne Schalldecke. Die Korridore werden mit $\frac{1}{2}$ Stein starken Kappengewölben zwischen eisernen Balken überdeckt und erhalten Terrazzo- oder Plattenbelag. Die Treppen werden ebenfalls von Beton hergestellt und erhalten auf den Trittstufen einen Belag von Eichenholz, das auf eingestampften Holzzargen befestigt wird. Die einzelnen Schulräume erhalten einen 4 mm starken einfarbig braunen Linoleumbelag auf Gipsestrich.

Die Turnhalle und die Geräteräume erhalten einen Fußboden von Beton mit Asphaltestrich und darüber einen 6 mm starken Linoleumbelag. Die Decke der Turnhalle wie der Aborte soll wie die der Schule in Beton zwischen eisernen Balken hergestellt und durch Eisenbetonträger unterstützt werden. Die Entwässerung des Grundstückes geschieht mittelst glasierter Tonrohre nach der Straße am Ohlenhof.

Die Haustüren werden von Eichenholz, die äußeren Fenster von pitch-pine Holz hergestellt, während zu den inneren Arbeiten größtenteils caroline-pine Holz verwendet werden soll.

Sämtliches Holzwerk wird geölt und lackiert, die Fassaden werden mit Kaseinfarbe gestrichen und die Innenwand- und Deckenflächen mit Leimfarbe gemalt und mit einfachen Friesen und Linien verziert. Sämtliche Schulräume werden mit Gasbeleuchtung versehen und wie auch die Turnhalle mit vollständigem Inventar, wie bei den jüngst erbauten Schulen ausgestattet.

Die Baukosten stellen sich laut anliegenden Kostenanschlags auf rund 245 000 M.

Bremen, den 18. April 1906.

Einverstanden.

29./8. 06.

Der Oberbaudirektor.

(gez.) **Büding.**

Die Hochbauinspektion.

(gez.) **Beer mann.**

5. Erweiterung des Wasserrohrnetzes.

Über diesen Gegenstand hat die Deputation für die Erleuchtungs- und Wasserwerke den anliegenden Bericht erstattet, den der Senat unter Vorbehalt seiner Erklärung der Bürgererschaft zur Beschlußnahme übersendet.

Anlage.

Bericht.

Sebaldsbrück und Hastedt sind ungenügend mit Wasser versorgt. Die Anschlüsse an das städtische Rohrnetz sind so eng, daß die Wasser nur in ungenügender Menge und mit unzureichendem Druck, in die oberen Stockwerke der Häuser bis-

weilen überhaupt nicht, deren Berechtigung der bestätigt.

In dieser Ge- stark. Das Elektrizität der Wasserleitung, und beschaffen kann, so muß leitung als Rückhalt ge- Anlagen und die mit als Wohnviertel werden

Aus beiden Grü-

Zu diesem Zweck straße an verstärkt werd von 350 mm Durchmesser gleich weites Rohr ange an mit 250 mm Weit soll. In der Föhrenstr mit der Hastedter Chan

Die Kosten Schiebern usw. sind au

Ein Hochbehälter überflüssig machen. D wird zwar demnächst b aber auch bei Mitwirk zu eng. Der Umstand kann, der Hochbehälter Entscheidung nur neben

Da es notwen beantragt die unterzeichn und die dazu erforderl außerordentlichen Verwen

Bremen, den 6.

Die Deputat

(gez.)

6. Separatb

Die Deputation über das Separatb erstattet, den der Senat Beschlußfassung hierneben

11) Herstellung

12) Zwei Anba Diese Posten sin worden (Verhölgn. S. 7

weilen überhaupt nicht, liefern. Es sind hierüber wiederholt Klagen laut geworden, deren Berechtigung der in Sebaldsbrück aufgestellte selbsttätige Wasserdruckschreiber bestätigt.

In dieser Gegend steigen nun überdies die Ansprüche an die Wasserleitung stark. Das Elektrizitätswerk in Hastedt entnimmt jetzt seinen ganzen Bedarf aus der Wasserleitung, und wenn es auch später durch eigne Anlagen das nötige Wasser beschaffen kann, so muß ihm doch die Möglichkeit der Versorgung aus der Wasserleitung als Rückhalt gewährt bleiben. Im Entstehen begriffene andere industrielle Anlagen und die mit diesen Werken zusammenhängende Entwicklung dieser Gegend als Wohnviertel werden die Anforderungen an die Wasserversorgung weiter steigern.

Aus beiden Gründen muß für baldige Abhilfe gesorgt werden.

Zu diesem Zweck soll die Rohrleitung in dem Osterdeich von der Lüneburgerstraße an verstärkt werden. Bis zur Lüneburgerstraße liegt im Osterdeich ein Rohr von 350 mm Durchmesser. An dieses soll an der Ecke der Lüneburgerstraße ein gleich weites Rohr angeschlossen werden, das bis zur Ringstraße gehen und von da an mit 250 mm Weite bis zur Ecke Osterdeich-Föhrenstraße weitergeführt werden soll. In der Föhrenstraße soll ein Rohr von 200 mm Durchmesser als Verbindung mit der Hastedter Chaussee verlegt werden.

Die Kosten dieser Rohrleitungen mit den erforderlichen Anschlüssen, Schiebern usw. sind auf 76 800 M. veranschlagt.

Ein Hochbehälter in der östlichen Vorstadt würde diese Rohrleitungen nicht überflüssig machen. Der Bau einer Hochbehälteranlage in der östlichen Vorstadt wird zwar demnächst beantragt werden, das Rohrnetz nach Hastedt-Sebaldsbrück ist aber auch bei Mitwirkung eines Hochbehälters für die Versorgung jener Stadtteile zu eng. Der Umstand, daß die Rohrleitung in wenigen Monaten ausgeführt werden kann, der Hochbehälter aber etwa drei Jahre Bauzeit braucht, ist deshalb für die Entscheidung nur nebensächlich.

Da es notwendig ist, die Arbeit so bald wie möglich auszuführen, so beantragt die unterzeichnete Deputation, die Erweiterung des Rohrnetzes zu beschließen und die dazu erforderlichen Kosten mit 76 800 M. auf das Separatbudget der außerordentlichen Verwendungen Spezialbudget Nr. 1 B nachzubewilligen.

Bremen, den 6. Dezember 1906.

Die Deputation für die Erleuchtungs- und Wasserwerke.

(gez.) **Wessels.**

(gez.) **G. F. Herm. Vietch.**

6. Separatbudget der außerordentlichen Verwendungen.

Die Deputation für die Erleuchtungs- und Wasserwerke hat einen Bericht über das Separatbudget der außerordentlichen Verwendungen erstattet, den der Senat unter Vorbehalt seiner Erklärung der Bürgerschaft zur Beschlußfassung hierneben zugehen läßt.

Bericht.

Spezialbudget Nr. 1.

1) A. Gasanlagen.

II. Ausgaben.

- 11) Herstellung eines Lagerschuppens auf dem Gaswerk M. 18 500.

2) B. Wasseranlagen.

II. Ausgaben.

- 12) Zwei Neubauten für das Verwaltungsgebäude M. 3850.

Diese Posten sind von Senat und Bürgerschaft unter Vorbehalt eingestellt worden (Verhdlg. S. 717, 719).

Anlage.

Zur Erledigung dieses Vorbehalts übergibt die Deputation für die Erleuchtungs- und Wasserwerke:

- zu 1) das von der Direktion des Gaswerks ausgearbeitete, von der Hochbauinspektion geprüfte und von der Baudeputation genehmigte Projekt (Zeichnung, Massenberechnung, Kostenanschlag und Baubeschreibung),
- zu 2) das von der Hochbauinspektion ausgearbeitete, von der Baudeputation genehmigte Projekt (2 Zeichnungen, Kostenanschlag und Erläuterungsbericht).

Wegen der Begründung der beiden Anträge darf die Deputation auf die Ausführungen in ihrem Bericht zum Budget (Verhdlg. S. 459 und S. 460/61) verweisen.

Die Deputation beantragt, den an die Einstellung geknüpften Vorbehalt aufzuheben und statt der ursprünglich beantragten 18 500 M. für den Lagerschuppen und 3850 M. für die beiden Anbauten die nunmehr von der Hochbauinspektion als erforderlich ermittelten Beträge von 19 500 M. und 4200 M. zu bewilligen.

Bremen, den 6. Dezember 1906.

Die Deputation für die Erleuchtungs- und Wasserwerke.

(gez.) **Wessels.** (gez.) **G. J. Herm. Vietzsch.**

Unteranlage 1. Baubeschreibung zu einem Lagerschuppen auf dem Gaswerk Bremen—Woltmershausen.

Der auf dem Plage hinter den Dienstwohnungen des Gaswerks zu errichtende Schuppen soll zur Lagerung von Bau- und Betriebsmaterialien dienen.

Der Baugrund ist eine sieben Jahre alte, 2 m starke Sandschüttung. Als Fundierung des leichten Fachwerksbaues sind für die Umfassungen Fundamentplatten von 1,1 m Breite und 0,3 m Stärke mit zwei darüber verlegten Ringankern von N. P. 10 vorgesehen, auf die das Fundament- und Sockelmauerwerk aufgesetzt wird. Auf diese Fundamentplatten werden auch die Pfeiler und Sandsteinsockel für die zwanzig Tragsäulen an den Umfassungen aufgesetzt werden. Die übrigen fünfzehn Säulen im Inneren sollen besondere Betonklöße mit aufgesetzten Mauerpfeilern und Sandsteinsockeln erhalten.

Der Zement-Stampfbeton der Fundamente soll im Mischungsverhältnis 1:9 hergestellt werden. Die gemauerten Sockel der Umfassungsmauern reichen bis 20 cm über das Gelände. Die Umfassungswände sind Eisenschachwerk aus verlassenen L- und C-Eisen vom N. P. 14, das mit besten Maschinensteinen (Verblenderqualität) ausgemauert werden soll. Die Mauerflächen sollen außen mit Zementmörtel sauber ausgefugt, innen mit verlängertem Zementmörtel gepußt werden.

Die Umfassungswände sollen nicht als Tragkonstruktion des Zwischenbodens und des Daches dienen, sondern nur als Abschluß des Raumes.

Als tragende Konstruktionen für Boden und Dach dienen die an den Wänden und mitten im Raum stehenden Holzsäulen, die in Sandsteinsockel eingesetzt werden.

Für die Holzkonstruktionen, nämlich für Säulen, Balken, Pfetten, Sparren usw. ist scharfkantig geschnittenen Tannenholz vorgesehen.

Das Dach soll Dachschalung aus rauhen, ungepundeten Tannenholzbrettern von 2,5 cm Stärke und darüber Doppelpappdeckung erhalten.

Eine Blitzableiteranlage ist vorgesehen. Zur Abführung des Regenwassers werden Dachrinnen und Fallrohre aus Zinkblech Nr. 12 angebracht werden. Die Weiterleitung des Regenwassers geschieht durch glasierte Tonröhren, die Anschluß an den Hauptkanal des Werkes erhalten werden.

Den unteren Fußboden soll eine auf Betonunterlage in Zementmörtel zu verlegende Klinkerflächschicht bilden. Der Fußboden des Zwischenbodens soll aus gepundeten, gehobelten 3,5 cm starken Tannenholzbrettern bestehen.

Die Türen sind
die untere Halle gefahren
beschlagen ausgeführt we
genommen. Der Zwischen
Giebel und durch zwei
Zwölf schmiedee
sind angeordnet.

Das Gelände vo
6 und 4 m Breite, wie

Bremen, den 24

Erläuterungsbericht,

Die Anordnung
Wasserwerkes ist im Ei
schließt sich die neue W
damit dem übrigen Hau
werden; außerdem erhä
Anbau ist massiv von
soll außen mit Zement
Der Fußboden wird i
Zementestrich auf Beton

Die Decke ist ab
Die Kosten sind
Die geschlossene
eine Flügeltür verbunden
einen Gang und eine kle
1 1/2 Stein starken Wände
Bestimmung als Winterg
einen möglichst freien Au

Der Fußboden d
Betonunterlage hergestell
fußboden erhält.

Die Kosten für

Bremen, den 22

Einverstanden.

3./11. 06.

Der Oberbandi

3. 8.

(gez.) **Graep**

7. Legung des Haup
und

über diesen Ge
Wasserwerke den anlieg
seiner Erklärung der Bi

Die Türen sind so breit angeordnet, daß Gegenstände auf Handwagen in die untere Halle gefahren werden können. Die Türen sollen aus Holz mit Eisenbeschlägen ausgeführt werden, für die Türschwellen sind Klinker-Rollschichten angenommen. Der Zwischenboden ist durch zwei Luken mit Holzläden in dem einen Giebel und durch zwei Treppen von innen zugänglich gemacht.

Zwölf schmiedeeiserne Fenster in den Umfassungen und ebenso viele im Dach sind angeordnet.

Das Gelände vor der Front und vor einem Giebel des Gebäudes soll in 6 und 4 m Breite, wie in dem Lageplan gezeichnet ist, gepflastert werden.

Bremen, den 24. November 1906.

Der Direktor des Gaswerks.

J. S.

(gez.) Göbe.

Erläuterungsbericht, betreffend zwei Anbauten an das Verwaltungsgebäude des Wasserwerks. Unteranlage 2.

Die Anordnung der beiden Anbauten an das Verwaltungsgebäude des Wasserwerks ist im Einvernehmen mit dem Direktor Göbe festgestellt. Darnach schließt sich die neue Waschküche an die Mädchentammer an und soll mit dieser und damit dem übrigen Hause durch eine durchzubrechende Tür in Verbindung gebracht werden; außerdem erhält die Waschküche einen Ausgang nach dem Garten. Der Anbau ist massiv von 25 cm starken Wänden unter Holzzementdach projektiert und soll außen mit Zementmörtel dem übrigen Gebäude entsprechend gepuht werden. Der Fußboden wird in gleicher Höhe mit dem Erdgeschoß der Wohnung als Zementestrich auf Betonunterlage ausgeführt.

Die Decke ist als gerohrte und gepuhte Balkendecke angenommen.

Die Kosten sind auf 1600 M. berechnet.

Die geschlossene Veranda legt sich vor das Wohnzimmer, mit dem es durch eine Flügelstür verbunden werden soll; durch eine zweite Tür gelangt man über einen Gang und eine kleine Freitreppe in den Garten. Der Anbau ist massiv von 1½ Stein starken Wänden projektiert und soll außen glatt gepuht werden. Seiner Bestimmung als Wintergarten entsprechend erhält er außen mehrere Fenster, die einen möglichst freien Anblick in den Garten gestatten und ein doppeltes Oberlicht.

Der Fußboden der Veranda wird als Gipsestrich mit Linoleumbelag auf Betonunterlage hergestellt, während der offene Gang neben der Veranda Terrazzo-Fußboden erhält.

Die Kosten für die Veranda berechnen sich auf 2600 M.

Bremen, den 22. Oktober 1906.

Die Hochbauinspektion.

J. S.

(gez.) Knop.

Einverstanden.

3./11. 06.

Der Oberbaudirektor

J. S.

(gez.) Graepel.

7. Legung des Hauptgasrohrs des neuen Gaswerks in der Ulmenstraße und deren planmäßiger Verlängerung.

Über diesen Gegenstand hat die Deputation für die Erleuchtungs- und Wasserwerke den anliegenden Bericht erstattet, den der Senat unter Vorbehalt seiner Erklärung der Bürgererschaft zur Beschlußnahme übersendet.

Anlage.

Bericht.

Unterm 31. Oktober 1899 (Verhdlg. 1899 S. 981/82) hat die unterzeichnete Deputation die Genehmigung eines mit der Deutschen Nationalbank abgeschlossenen Vertrages beantragt, betreffend die Legung des Hauptgasrohres des neuen Gaswerkes in der Ulmenstraße und in der der Nationalbank gehörenden planmäßigen Verlängerung dieser Straße. Senat und Bürgerschaft stimpften diesem Vertrage am 31. Oktober und 8. November 1899 zu (Verhdlg. 1899, S. 981 und 993).

In diesem Vertrage war vorgesehen, daß, wenn die zunächst dem Oldenburger Eisenbahndamm belegene Planstraße aufgehoben würde, der Bremische Staat drei in dem Vertrage näher bezeichnete Parzellen zum Preise von 1,25 M. für den Quadratfuß Br. Maß zu übernehmen habe.

Dieser Fall ist vor einiger Zeit eingetreten, und die Deutsche Nationalbank verlangt nunmehr die Erfüllung des Vertrages. Es handelt sich um ca. 605 qm Grundfläche, die zu erwerben sind, demnach im ganzen, einschließlich der vom Staat allein zu tragenden Übertragungskosten, um rund 9300 M., um deren Bewilligung auf das Separat-Budget der Außerordentlichen Verwendungen gebeten wird.

Die Deputation für die Erleuchtungs- und Wasserwerke.

(gez.) **Wessels.**(gez.) **G. F. Herm. Vietsh.**Vertraulich.

Mittei

Ehrengab

Mit dem 1. Januar eröffnet werden wird, wird der Hauptzollamt in zwei Hauptzollämtern, das seit langer Zeit hat schon längst im Bedürfnis Anwachsens des Geschäftsverkehrs personals in den letzten Jahren

Während die Zahl bremische Zollbehörde im Oktober d. J. 540.

Den Hauptanteil an den bremischen Häfen in Verbindung gewachsenen Industrie gegeben die Einführung der Fleischbeschäftigung, mannigfache Änderungen Zolltarifs und einer Brau-, Reichsstempelsteuer auf Zollamt beigetragen.

Die Einnahmen des Schiffsabgabe und der F im Jahre 18

haben sich also seit Bestehen 1900/1905 um einen gleichen 1889/1900.

Daß ungeachtet der Schwierigkeiten gerade in den letzten Jahren in geordneter Weise und dem Eifer aller Beteiligten Wenigstens zu danken, der schon als hauptamtlicher Oberste Zollanschlussgebiet vorzuarbeiten für den Zollamt hat. Bei der Einführung des Kenntnis und seine unermit-